

Fraktion BÜNDNIS 90 / Die GRÜNEN im Gemeinderat Leonberg

Kommunalpolitische Erklärung zum Haushaltsplanentwurf für 2024

Dr. Bernd Murschel und Birgit Widmaier für die Fraktion

„Unser Wachstumsziel heißt mehr Lebensqualität in der Stadt“

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Cohn,
sehr geehrter Herr Bürgermeister Brenner,
meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

Dieser Haushalt steht bei uns unter dem Motto der **3 L – nämlich Lebensqualität, Leitbild, Leonberg**. Die finanzielle Situation im Haushaltsentwurf für 2024 sieht auf den ersten Blick gut aus, auf den zweiten Blick ist zu erkennen, dass wir zwar eine sehr gute Ertragslage durch hohe Steuereinnahmen haben, aber trotzdem keinen Überschuss im Ergebnishaushalt erwirtschaften. Und damit auch keine Nettoinvestitionsrate erwirtschaften können. Den Haushalts-Ausgleich schaffen wir im Jahr 2024 nur, indem zum einen eine 10%ige Kürzung der Ansätze bei den Sach- und Dienstleistungen vorgenommen wurde und wir auf Rücklagen zurückgreifen. Der Schuldenstand hat sich auf 57 Mio reduziert, steigt aber in den Folgejahren erheblich an, auf 134 Mio im Jahr 2027.

In den letzten zwei Jahren gab es mehrere Klausurtagungen zu den Themen Finanzen und zur Stadtentwicklung.

Es gibt daraus so gut wie keine Ergebnisse, lediglich die Begrenzung auf ein realistisches Investitionsvolumen von 25 Mio im Jahr 2023 wurde beschlossen. Mehr kann derzeit von der Verwaltung sowieso nicht umgesetzt werden und mit höherem Volumen wären die Haushalte wohl kaum genehmigungsfähig.

Aber grundlegende Fragen wie:

- soll die Stadt noch wachsen und wenn ja: Wie viel Wachstum wollen wir oder können wir verkraften?
- Wie schaffen wir die Rahmenbedingungen und die notwendige Infrastruktur?

- Ist das finanziell leistbar?
- Welche positiven und negativen Effekte sind zu erwarten?
- Wie setzen wir den Klimaschutz vor Ort um?

wurden in den Klausur- und Strategietagungen nicht beantwortet. Die Ergebnisse verschwinden in der Schublade, obwohl Gegenteiliges vereinbart wurde.

Es fehlt also nach wie vor ein Leitbild. Es gibt dazu keine Diskussionen und deshalb auch keinen Konsens darüber, wohin sich Leonberg entwickeln soll, welche Prioritäten gesetzt werden sollen auch im Hinblick auf die finanzielle Situation. Dies muss endlich angegangen werden. Die Lähmung in vielen Bereichen muss überwunden werden.

Ziel muss eine lebenswerte und zukunftsfähige Stadt sein, in der Umwelt- und Klimaschutz berücksichtigt werden, in der die Menschen gerne leben und arbeiten, eine gute Aufenthalts- und Lebensqualität herrscht, die notwendige Infrastruktur zur Verfügung steht und auch für Firmen ein gutes und attraktives Umfeld vorhanden ist.

Auch dieses Jahr hat auf erschreckende Weise gezeigt, dass die Klimaveränderung keine Erfindung ist, sondern längst real angekommen. Die menschengemachte Klimakatastrophe ist eine der größten Bedrohungen, der Temperaturanstieg (auch bei uns) längst wissenschaftlich belegt. Auf kommunaler Ebene können und müssen wir die uns zur Verfügung stehenden Instrumente nutzen, wir sind nicht machtlos! Wir können und müssen unseren Beitrag zum Klimaschutz leisten, z.B. durch Energieeinsparungen, durch Gebäudesanierungen, der Förderung des Umstiegs auf nachhaltige Verkehrsmittel, Berücksichtigung des Klimaschutzes bei der Stadtentwicklung. Die Bürger*innen und auch die Firmen brauchen Unterstützung beim Umstieg auf erneuerbare Energien – übrigens haben sich dies etliche Firmen in der Unternehmensbefragung unserer Wirtschaftsförderung gewünscht. Dies sind nur einige Beispiele, es wurde in den letzten Jahren davon viel zu wenig umgesetzt. Aber: Wir sind hier als Gemeinderat und Stadtverwaltung gemeinsam in der Verantwortung, viele Städte sind hier schon weiter als wir. Wir müssen endlich den Klimaschutz in allen Entscheidungen mitdenken.

Wir könnten viele Teile der Haushaltsrede vom letzten Jahr wiederholen, zum Beispiel beim Klimaschutzkonzept, da ist trotz Beschlusses des Gemeinderates und

trotz ständigem Nachhaken von uns Grünen und Versprechungen der Stadtverwaltung in 2023 nichts passiert. Wir stellen dazu erneut einen Antrag, dazu später mehr.

Weitere Anträge stellen wir zu folgenden Themen:

- die Einrichtung von E-Ladestationen
- die Erstellung eines Hitzeaktionsplans
- die Gestaltung des Straßenraums Poststraße / Bosch
- die erneute Veranschlagung der Planungskosten für den Parkplatz Bruckenhofstraße – Geesgarten
- die Prüfung eines On-Demand Angebots VVS – Rider

Ein herausforderndes Thema für die Kommunen ist die Flüchtlingsunterbringung. Geschlossen und einstimmig hat sich der Gemeinderat aufgrund der (bekannten) Historie des Gebäudes Ostertagstraße 44 – ehemaliges Senior*innenheim - gegen die Pläne des Landkreises ausgesprochen, dieses für die Flüchtlingsunterbringung zu nutzen.

Gemeinderat und Stadtverwaltung haben signalisiert, den Landkreis bei der Suche nach anderen Unterbringungsmöglichkeiten zu unterstützen. Eine Überlegung ist die Nutzung des Teils des Bosch-Geländes, bei dem die Bauarbeiten leider eingestellt wurden. Wir finden dies natürlich v.a. für die Belegschaft sehr bedauerlich. Aber nachdem dies unumkehrbar scheint, könnte die Fa. Bosch zusammen mit dem Landkreis das Gelände einer sinnvollen Nutzung zur Unterbringung von Flüchtlingen zuführen, bevor es weiter eine Baugrube bleibt oder brach liegt.

Eine weitere kurzfristig verfügbare Alternative ist die Nutzung des Hotel Amber. Hier laufen derzeit die Absprachen mit dem Landkreis.

Ich möchte nun zum Thema Personal kommen.

Die Stadtverwaltung hat in etlichen Bereichen Stellenerhöhungen vorgeschlagen, um die zunehmenden Aufgaben zu bewältigen. Wir teilen nicht die Ansicht anderer Fraktionen, dass zunächst die freien Stellen besetzt werden müssen, bevor neue geschaffen werden. Natürlich müssen diese freien Stellen besetzt werden. Aber wenn es der Arbeitsaufwand erfordert, müssen auch neue Stellen geschaffen werden. In vielen Bereichen merken die Bürger*innen, dass die Serviceleistungen der Stadt für sie nicht mehr oder nur mit hohen Wartezeiten abgerufen werden können. Dies ist

kein akzeptabler Zustand und wir alle haben die Verantwortung die Erfüllung der Aufgaben zu gewährleisten. Die Stellen sind am Arbeitsaufwand zu messen und nicht an den Wünschen einzelner Fraktionen. Die Arbeitsfähigkeit der Stadt als Dienstleister muss aufrechterhalten werden.

Stadtentwicklung

Reihenweise werden landauf und landab begonnene oder in Planung befindliche Projekte eingestampft oder doch zumindest deutlich reduziert. Während noch 2020 die langfristigen Zinssätze für Immobilienkäufe bei rund 1 Prozent lagen, so sind sie aktuell schon bei 4 Prozent, also einer Vervierfachung. Dabei hat Bundeskanzler Olaf Scholz durchaus Recht, wenn er betont, die momentane Situation auf dem Immobilienmarkt sei nicht nur durch das Zinsniveau geprägt, das war in der Vergangenheit auch schon deutlich höher. Mit dem Unterschied, wie es die Stuttgarter Zeitung neu-lich trefflich formulierte, „...die Lage in den 70er und 80er Jahren war in vieler Hinsicht eine andere. Zurzeit herrschen Konjunkturfaute und Trübsal. Die Menschen stehen unter dem Eindruck von Kriegen, Krisen und Kaufkraftverlusten.“ Also eine Lage, die wenig motiviert, auf den Immobilienmarkt zu setzen, weder für den klassischen Häus-lesbauer noch für die Investoren, zumal Energie- und Baupreise nur die Richtung nach oben kennen.

Und wie betrifft dies Leonberg? Und wie kann die Kommunalpolitik darauf reagieren? Zunächst muss die Leitplanke gelten, dass in jedem Neubaugebiet 25% bezahlbarer Wohnraum realisiert wird. Das hört sich erstmal trivial an, ist aber angesichts der ak-tuellen Tendenz, kleinere Wohnungen mit gemeinsamen Funktionsflächen als soge-nanntes Clusterwohnen anzubieten, schon eine Herausforderung. Das Ziel bezahlba-erer Wohnraum sollte ja nicht durch Abstriche an der Wohn- und Lebensraumqualität erreicht werden.

Zweitens, und dies ist mindestens genauso wichtig. Der Ausverkauf der Stadt an pri-vate Investoren muss beendet werden. Die vorgesehenen Baugebiete auf dem alten Postareal oder in abgeschwächter Form auch am Stadtpark an der Berliner Straße sind dabei aktuelle Beispiele. Nicht die Stadt und der Gemeinderat sind Herr des Ver-fahrens, sondern die Investoren drücken ihre Interessen rücksichtslos durch. Verein-barungen werden nicht unterschrieben, Aufgaben der Investoren wie den Abriss der alten Gebäude der Stadt auferlegt, Planungsgrundsätze werden über Bord geworfen,

indem man nachbarrechtliche Abstände ignorieren kann und „Sondergebiete“ definiert.

Kurz: Wir müssen zurück in eine städtische Planungskultur, die mehr Eigeninitiative im Blick hat. Durchaus mit Fokus auch auf eine kommunale Wohnungsbaugesellschaft. Beispiele in unseren Nachbarstädten gibt es genügend.

Unsere bekannte Kritik an den beiden Entwicklungsflächen „Unterer Schützenrain“ und „Hinter den Gärten“ in Warmbronn wollen wir hier nur noch zu Protokoll geben.

Ein fehlendes Leitbild für die Stadtentwicklung als Grundlage für eine qualifizierte und tragfähige Priorisierung der Maßnahmen im Haushalt wurde schon angesprochen. Die Fortschreibung des Flächennutzungsplans wurde zwar angekündigt, ist bisher aber noch nicht angegangen worden. Dabei wäre es dringend notwendig, den jahrzehntealten Plan in die Neuzeit zu überführen. Aus unserer Sicht der Fraktion Grüne ganz klar unter der Maßgabe: „unser Wachstumsziel heißt mehr Lebensqualität für die Stadt.“

Wo stehen wir im Klimaschutz und in der Energieversorgung

Wir fordern schon seit Jahren einen Klimavorbehalt, also einen Check bei jeder Maßnahme, ob es nicht klimaverträglichere Alternativen gibt. Dann hat dieser Gemeinderat auf Vorschlag der Verwaltung im Juni 2021 eine weltweite **KLIMANOT-LAGE** ausgerufen. Es ist gekommen, was kommen musste, wenn man solch große Erwartungshaltungen weckt. Es ist schlicht nichts passiert. Selbst die neu beschlossenen Stellen des Klima- und Energiemanagers werden zum Neujahr vakant, da die Stelleninhaber wohl hier keine Zukunft sehen.

Das lange im Raum stehende Klimaschutzkonzept soll nun an ein externes Büro vergeben werden. Wir möchten hier einen zusätzlichen Sachverstand durch einen Bürgerrat einbringen und hoffen auch auf die Unterstützung der CDU-Fraktion, die diesen Gedanken auch schon aufgegriffen hatte.

Im Umweltbereich wollen wir den schon im letzten Jahr beschlossenen Hitzeaktionsplan erneut aufgreifen. Stichwort „Schwammstadt“, die Fortsetzung unseres Programms „500 städtische Bäume“. Keinesfalls im Leobad die prägenden Lindenbäume aus Arbeitserleichterungsgründen fällen.

Die Verstetigung des Ausbaus der Photovoltaikanlagen halten wir für den richtigen Weg. Nur das große PV-Projekt auf der Sammelkläranlage Mittleres Glemstal kommt nicht voran. Warum, fragen wir uns.

Den Suchraum für mögliche Windkraftanlagen haben wir schon seit längerer Zeit definiert. Ich halte eine interkommunale Zusammenarbeit mit Bürgerbeteiligungsformen für sinnvoll.

Mobilität und die Stadt für morgen

Leonberg ist städtebaulich dem Autoverkehr untergeordnet. Es braucht dringend eine Neuverteilung des Straßenraums zugunsten von Fußgängern und Radfahrern.

Unsere Nachbarkommunen Renningen und Rutesheim haben zusammen mit dem Landkreis den Einstieg in ein On-Demand-Fahrzeug für den ÖPNV beschlossen. Diese flexiblen Fahrzeuge sind als Ergänzung mit Vorausbuchung eine sinnvolle Erweiterung auch für Leonberg.

Erinnert sich noch jemand an den Verkehrsversuch in der Eltinger- und Brennerstraße? Ja lange ist es her, dass man hier einen Feldversuch für eine getrennte Fahrspur für Rad und Bus durchgeführt hat. Mit dem Ergebnis: Es funktioniert auch mit weniger Raum für Autos und LKWs. Was wir brauchen, sind aber schnellere Umsetzungen solcher Erkenntnisse, sonst bleiben diese einfach in der Schublade liegen, wie so vieles.

Der fehlende Radweg an der ehemaligen B295 Richtung Ditzingen birgt nicht nur ein erhebliches Unfallrisiko. Es ist auch unseren Nachbarstädten nicht vermittelbar, warum dieser Lückenschluss in Leonberg nicht umgesetzt wird. Wir möchten eine schnellstmögliche Realisierung und, wo von Seiten der Grundstückseigentümer die Mitwirkungsbereitschaft fehlt, auch eine reduzierte Fahrbahnbreite.

Mit Sorge sehen wir die Entwicklung des Leo-Centers. Der gravierende Wandel im Einzelhandel bedroht die Existenz des Ankermieters Galeria-Kaufhof. Bisher fehlt ein Konzept, wie wir mit diesem städtischen Innenraum umgehen wollen. Nach 50 Jahren Leo-Center wird es Zeit, in eine Planung einzusteigen.

Wir befürworten einen **autofreien Marktplatz**, der die Qualität des historischen Marktplatzes enorm aufwertet.

Zum Krankenhaus Leonberg und zum Rettungshubschrauber Christoph 41 bleibt unsere Position, wie sie schon war. Geburtshilfe und tragfähige Einrichtungen müssen den langfristigen Bestand des Krankenhauses garantieren. Zu diesen Eckpfeilern zählt auch der Rettungshubschrauber.

Was bleibt als Fazit für den Haushalt 2024. Eine sehr gute Einnahmesituation, eine deutliche Handschrift unserer Noch-Kämmerin Frau Gräter und die träge Investitionsumsetzung geplanter Projekte im Baubereich machen diesen Haushalt genehmigungsfähig. Allerdings verbunden mit einer mittelfristigen Aussicht, die alles andere als rosig ist.

Sehr geehrte Damen und Herren,

unser Dank für die Aufstellung dieses umfangreichen Haushaltsentwurfes gilt der Verwaltung allgemein, insbesondere aber der Kämmerei.

Wir freuen uns auf konstruktive und gute Gespräche in den Haushaltsberatungen.

Leonberg, den 6. November 2023

Birgit Widmaier, Bernd Murschel für die Fraktion Grüne